

Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 31.01.2025)

							
Link zum Wahlprogramm**	Wahlprogramm https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschluesse/Programme/2025_SPD_Regierungsprogramm.pdf	ENTWURF Wahlprogramm https://cms.gruene.de/uploads/as-sets/20241216_BTW25_Programmentwurf_DINA4_digital.pdf	ENTWURF Wahlprogramm https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf	Wahlprogramm https://www.cdu.de/app/uploads/2025/01/km_btw_2025_wahlprogramm_langfassung_ansicht.pdf	ENTWURF Wahlprogramm https://www.afd.de/wp-content/uploads/2024/11/Leitantrag-Bundestagswahlprogramm-2025.pdf	Wahlprogramm https://www.die-linke.de/bundestagswahl-2025/wahlprogramm/	Wahlprogramm https://bsw-vg.de/
Zentrale Aussage der Programme	47: Wir wollen Frauenrechte und Gleichstellung bis 2030 verwirklichen.	51: Eine gerechte Gesellschaft ermöglicht allen Menschen, unabhängig vom Geschlecht , ein selbstbestimmtes Leben. Feminismus und der Einsatz für Frauenrechte sind dafür essenziell. Nur wenn Diskriminierung, Sexismus und Frauenfeindlichkeit konsequent bekämpft werden, können Frauen alle Chancen nutzen. 64: Gleichberechtigung macht Gesellschaften friedlicher, gerechter, resilienter und wirtschaftlich erfolgreicher.	28: Im Hinblick auf die Gleichberechtigung von Frauen stellen wir fest, dass es noch immer Benachteiligungen gibt, die wir nicht akzeptieren können. [...] Das muss sich ändern.	54: Bekenntnis zu unseren Werten . Wer sich für unser Land entscheidet, entscheidet sich auch für seine Werte und unsere freiheitliche Demokratie. Wir verlangen ein klares Bekenntnis zu Freiheit, Gleichberechtigung , Demokratie und Rechtsstaat.	65: In unserem Land hat sich jedoch eine politische Klasse herausgebildet , die [...] zerstört die soziale und kulturelle Zukunft unseres Volkes , unsere Wirtschaft [...]. Instrumente der Zerstörung sind [...] Diversität und vermeintliche „Gendergerechtigkeit“ . 65: Staaten [...] wirken darauf hin, die Bürger- und Freiheitsrechte systematisch einzuschränken. Dazu zählen z.B. die Klimafolgenforschung, Geschlechterforschung und Pandemiefor-	K14: Wir verstehen uns als sozialistische und feministische Partei und streben die umfassende Gleichstellung aller Geschlechter an. Unser Ziel ist die gerechte Umverteilung von unbezahlter und bezahlter Arbeit, von Haus- und Erwerbsarbeit sowie von sozialen, politischen, kulturellen und ökonomischen Machtressourcen zwischen allen Geschlechtern . Das bedeutet für uns Geschlechtergerechtigkeit .	33: Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern ist in unserem Grundgesetz in Artikel 3 verankert. [...] Sie haben den gesetzlichen Anspruch auf gleiche Teilhabe und gleiche Entwicklungschancen [...].

* Die Darstellung der Parteien beginnt mit den Regierungsparteien im aktuellen Bundestag nach Anzahl der Sitze (SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP), gefolgt von den weiteren Parteien im aktuellen Bundestag nach Anzahl der Sitze.

** Aufgrund der vorgezogenen Neuwahlen lagen die finalen Wahlprogramme teilweise sehr kurzfristig vor. FidAR hat sich um größtmögliche Aktualität und um größtmögliche Sorgfalt bei der Auswahl und Wiedergabe der Textstellen bemüht, haftet allerdings nicht für die Aktualität, Vollständigkeit und Richtigkeit. Der Link zum jeweiligen Wahlprogramm(-Entwurf) und jeweilige Seitenangaben (bzw. Kapitelangaben bei DIE LINKE) zu den Textstellen machen nachvollziehbar, welche Fassung des Wahlprogramms und welche Textstellen einbezogen wurden.

Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 31.01.2025)



Zusammenfassung pro Handlungsfeld ***							
FüPo-Gesetz	Weiterentwicklung FüPo-Gesetz	Weiterentwicklung FüPo-Gesetz	K.A.	K.A.	Ablehnung Quotenregelungen	K.A.	K.A.
Frauen in Führungspositionen	Paritätsgesetz	K.A.	K.A.	K.A.	Ablehnung Quotenregelungen	Paritätsgesetz	K.A.
	Gleichstellungsförderung Wissenschaft	Gleichstellungsförderung Wissenschaft	K.A.	K.A.	K.A.	Gleichstellungsförderung Wissenschaft	K.A.
	K.A.	Gleichstellungsförderung Gründerinnen	Gleichstellungsförderung Gründerinnen	Gleichstellungsförderung Gründerinnen	K.A.	K.A.	K.A.
		Gleichstellungsförderung Führungspositionen – Aussage zu Unterrepräsentation von Frauen	Gleichstellungsförderung Führungspositionen, Aussage zu fehlender Chancengleichheit beim beruflichen Aufstieg von Frauen				Gleichstellungsförderung Führungspositionen – Aussage zu Unterrepräsentation von Frauen
Entgeltgleichheit und gleiche Arbeitsbedingungen	Umsetzung EU-Richtlinie Lohngerechtigkeitsgesetz	Umsetzung EU-Richtlinie	K.A.	K.A.	K.A.	Weiterentwicklung Entgelttransparenz- zu Entgeltgleichheitsgesetz Verbandsklagerecht	K.A.
	Reform Ehegattensplitting	Reform Ehegattensplitting	Reform Ehegattensplitting	Erhalt Ehegattensplitting	Ausweitung Ehegattensplitting auf Familiensplitting	Reform Ehegattensplitting	K.A.
	Aufwertung/Absicherung frauendominierte Berufe	Aufwertung/Absicherung frauendominierte Berufe	K.A.	K.A.	K.A.	Aufwertung/Absicherung frauendominierte Berufe	K.A.
	Minijobs mit sozialer Absicherung und nicht als dauerhafte reguläre Beschäftigung	Minijobs mit sozialer Absicherung und nicht als dauerhafte reguläre Beschäftigung	K.A.	K.A.	K.A.	K.A.	Minijobs mit sozialer Absicherung und nicht als dauerhafte reguläre Beschäftigung
	Ausgleich Rentennachteile	Ausgleich Rentennachteile	Ausgleich Rentennachteile	K.A.	K.A.	Ausgleich Rentennachteile	Ausgleich Rentennachteile
Gewalthilfe und Gewaltschutz	Umsetzung Istanbul-Konvention Verschärfung Gewaltschutzgesetz	Umsetzung Istanbul-Konvention	Bedarfsgerechte Finanzierung von Frauenhäusern durch Länder und Kommunen	Stärkung Frauenhäuser Verschärfung Gewaltschutzgesetz	K.A.	Umsetzung Istanbul-Konvention bedarfsgerechte Finanzierung von Schutz und Beratung für Frauen/ ihre	Ausbau Gewaltschutz- und Hilfesysteme Finanzierung Frauenhäuser durch Bund

Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 31.01.2025)

							
	Strafverschärfung bei sexualisierter Gewalt und (sexueller) Belästigung	Ausweitung Schutz/Hilfe bei sexualisierter Gewalt	K.A.	Strafverschärfung bei sexualisierter Gewalt und (sexueller) Belästigung	K.A. Verschärfung von gesetzlichen Maßnahmen gegen „Ausländerkriminalität“ bzgl. Gewalt- und Sexualdelikten	Kinder (u.a. Frauenhäuser) Anpassung Gewaltschutzgesetz Ausweitung und Verschärfung von (gesetzlichen) Maßnahmen gegen sexualisierte Gewalt und (sexuelle) Belästigung	Gewaltprävention Selbstbestimmungsgesetz als Gefährdung frauenspezifischer (Schutz-) Räume
Übergreifende Gleichstellungsstrategien (inkl. Gender Budgeting)	Gender Mainstreaming/ressortübergreifende Gleichstellungs-Strategie Gleichstellungsfolgenabschätzung (inkl. des Bundeshaushalts) Erweiterung GG Art. 3	K.A. Erweiterung GG Art. 3 Verweis auf den gesamtgesellschaftlichen Nutzen von Gleichberechtigung und Frauenpolitik als Priorität	K.A. Erweiterung GG Art. 3 Verweis auf Gleichbehandlung als Teil des Demokratieverständnisses	K.A. K.A. Abschaffung von Gendersprache im öffentlichen Raum	K.A. K.A. Verbot gendergerechter Sprache in öffentlichen Einrichtungen Rein finanzielle „aktive Familienpolitik“ zur Geburtenmaximierung; Zweigeschlechtlichkeits- und Differenzperspektive auf Frauen/Männer als gegenseitige Ergänzung	ressortübergreifende Gleichstellungs-Strategie Gleichstellungsfolgenabschätzung neuer Gesetze Erweiterung GG Art. 3	K.A. K.A. Verweis auf gesetzlichen Anspruch gemäß Grundgesetz Art. 3

*** Die ausgewählten Handlungsfelder entsprechen den Zielen von FidAR, die Parität in den **Führungspositionen** der Wirtschaft zu erreichen. Damit eng verbunden sind die weiteren aufgeführten Handlungsfelder, die Auswirkungen auf Gleichstellung in der Arbeitswelt haben, wie **Entgeltgleichheit** und **Gewalthilfe/ Gewaltschutz** sowie die **übergreifenden Strategien** zur Umsetzung von Gleichstellung im Regierungshandeln der Bundesverwaltung. Die Inhalte der Wahlprogramme zu anderen gleichstellungspolitischen und ebenso höchst relevanten Handlungsfeldern (u.a. Sorgearbeit bzw. Vereinbarkeit, Schwangerschaftsabbruch, Gesundheit, Sport, Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik) wurden von FidAR nicht untersucht.

Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 31.01.2025)



Einzelne Handlungsfelder							
FüPo-Gesetz	42: Unser Ziel bleibt die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen. Dazu werden wir das Führungspositionen-Gesetz weiterentwickeln mit dem Ziel, bis 2030 Parität in Aufsichtsräten und Vorständen zu erreichen. Als nächsten Schritt streben wir ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft an.	52: Wir sind daher für Frauenquoten in Aufsichtsräten und Vorständen von großen Unternehmen. Die bereits bestehenden Regelungen wollen wir weiterentwickeln und stärken, wo sie sich als nicht als effektiv genug erweisen.			68: Quotenregelungen sind abzulehnen. [...] Dies gilt auch für die Geschäftsführungen aller Unternehmen, die von der öffentlichen Hand beherrscht werden.		
Frauen in Führungspositionen	42: Die Zeit für Parität ist jetzt – es müssen mehr Frauen in Parlamente. Dafür werden wir ein Paritätsgesetz auf den Weg bringen, das bei Wahlen die paritätische Vertretung von Frauen und Männern im Deutschen Bundestag bei Listen- und Direktmandaten sicherstellt. 50/50 ist unser Standard in allen Parlamenten und an allen Kabinetttischen 8: Wir werden die Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft durch die Förderung planbarer Karrierewege , insbesondere zur Verwirklichung	51: Frauen machen über die Hälfte der Bevölkerung aus, sind aber noch weit von der Hälfte der wirtschaftlichen und politischen Macht entfernt – in Führungspositionen , in Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch in Parlamenten & Kommunalvertretungen . 37: Wir wollen Frauen in der Wissenschaft gezielt fördern und Machtmissbrauch und Diskriminierung entgegenwirken. 13: Wir wollen Gründungen in ihrer Vielfalt unterstützen. Dafür geben wir insbesondere Grün-	29: Um den Anteil von Gründerinnen zu erhöhen, begeistern wir insbesondere Mädchen in der Schule in MINT-Fächern und für Entrepreneurship-Education und erleichtern Frauen den Zugang zu Venture Capital Fonds staatlicher Förderbanken. 28: Auch im Hinblick auf den beruflichen Aufstieg bestehen noch nicht gleiche Chancen.	26: Unser Ziel ist auch, dass mehr Frauen mit innovativen Unternehmensgründungen unser Land nach vorne bringen. 11: Und überall und mit-tendrin: fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die unser Land am Laufen halten, kreative Erfinder, exzellente Ingenieure und Landwirte, die uns mit hochwertigen Lebensmitteln versorgen.	68: Öffentliche Ämter, Beamten- und Richterstellen sind ausschließlich nach „Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung“ zu vergeben (Art. 33 Abs. 2 GG), Quotenregelungen sind abzulehnen. Grundsätze der fachlichen Eignung und beruflichen Qualifikation haben auch für das Spitzenpersonal des Staates zu gelten.	K14: Wir halten an der Forderung nach politischer Parität fest. Wir setzen uns für eine Regelung im Wahlrecht ein, wonach 50 Prozent der Listenplätze und Mandate bei öffentlichen Wahlen auf Frauen entfallen müssen. K10: Das Professorinnenprogramm soll zu einem Programm für die Förderung von Frauen auf allen Karrierestufen weiterentwickelt werden.	33: Aber in der Realität sind Frauen nach wie vor in vielfältiger Weise benachteiligt. Sie sind in vielen Bereichen und vor allem auf höheren Funktionsebenen unterrepräsentiert .

Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 31.01.2025)

							
	von Gleichstellung, verbessern.	derinnen und nachhaltigen Start-ups einen Booster , etwa durch verbesserte Finanzierungsangebote .					
Entgeltgleichheit und gleiche Arbeitsbedingungen	<p>11: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit ist unsere Antwort auf den immer noch existenten Gender Pay Gap.</p> <p>20: Wir wollen die Ungerechtigkeit beenden, dass Frauen immer noch weniger verdienen als Männer, und deswegen die EU-Entgelttransparenzrichtlinie bis 2026 in nationales Recht umsetzen.</p> <p>20: Wir werden das deutsche Entgelttransparenzgesetz zu einem wirksamen Lohngerechtigkeitsgesetz weiterentwickeln.</p> <p>23: Wir wollen die Besteuerung von Familien unter Berücksichtigung bereits getroffener Lebensentscheidungen reformieren, für Paarfamilien eine gerechtere Verteilung der Steuerlast erreichen [...]. Die bereits eingeleitete Überführung der Steuerklassen-Kombination III/V in das Faktorverfahren der Steuerklasse IV wollen wir daher schnellstmöglich umsetzen.</p>	<p>32: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit: Dieser Slogan wird Wirklichkeit, wenn Frauen ihr Recht auf gleiche Bezahlung auch in der Praxis umsetzen können. Deshalb werden wir die EU-Entgelttransparenzrichtlinie zügig und vollständig umsetzen. Wir wollen die Regeln verbindlicher und besser einklagbar machen und dadurch Gleichstellung wirksam voranbringen.</p> <p>11: In der jetzigen Form stellt das Ehegattensplitting ein Erwerbshindernis für Frauen dar. Deshalb wollen wir es grundlegend geschlechtergerecht reformieren, indem wir für Neuehen eine individuelle Besteuerung mit übertragbarem Grundfreibetrag einführen. Für bestehende Ehen ändert sich nichts</p>	<p>29: Die ökonomische Freiheit von Frauen stärken wir durch bessere steuerliche Regelungen, insbesondere durch die Abschaffung der Steuerklassen 3 und 5, für die wir uns weiterhin einsetzen.</p>	<p>61: Ehegattensplitting erhalten. Ehepartner, die unterschiedlich verdienen, dürfen nicht benachteiligt werden. Deshalb halten wir am Ehegattensplitting fest und wollen Kinder künftig stärker berücksichtigen.</p>	<p>32: Familienplitting einführen. Laut Art. 6 GG stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. [...] Als eine der wichtigsten Maßnahmen [...] fordern wir eine Ausweitung des Ehegattensplittings auf das Familienplitting. [...] die Summe der erzielten Einkünfte aller Familienmitglieder durch die Zahl der Familienmitglieder geteilt wird.</p>	<p>K7: Das Entgelttransparenzgesetz muss ein Entgeltgleichheitsgesetz werden, um gleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Es soll Unternehmen auch dazu verpflichten, bestehende Ungerechtigkeiten in der Bewertung von Arbeit schrittweise und branchenübergreifend abzubauen [...].</p> <p>K7: Gewerkschaften brauchen ein Verbandsklagerecht, damit Betroffene nicht allein klagen müssen.</p> <p>K4: Das Ehegattensplitting wollen wir durch eine Individualbesteuerung ersetzen, wobei das nicht ausgeschöpfte steuerliche Existenzminimum zwischen Eheleuten bzw. Lebenspartner*innen übertragbar sein soll.</p>	

Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 31.01.2025)

							
	<p>20: Wir setzen uns zudem weiter für eine Aufwertung der sozialen Dienstleistungsberufe ein.</p> <p>8: Wir müssen die Potenziale der vielen Menschen in unserem Land heben, die bislang an den Rand gedrängt wurden: vor allem [...] Frauen in unfreiwilliger Teilzeit und Mini-Jobs.</p> <p>11: Mini-Jobs sind vorgezeichnete Wege in die Altersarmut. Unser Ziel ist, alle Beschäftigungsverhältnisse in die soziale Sicherung einzubeziehen. Wir wollen Missbrauch bekämpfen und Beschäftigten den Weg aus Mini-Jobs in sozial gut abgesicherte Arbeit öffnen.</p>	<p>51: Das bedeutet, den gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durchzusetzen. Dazu gehört, dass frauentominierte Berufe nicht schlechter bezahlt werden als männerdominierte.</p> <p>11: Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, wollen wir durch einen gesetzlichen Rahmen flexible Lösungen ermöglichen und zugleich passgenaue Regelungen für die Betriebe bieten, die sie nicht überfordern.</p> <p>32: Minijobs wollen wir schrittweise in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführen, mit Ausnahmen für Rentner*innen, Schüler*innen und Studierende.</p>				<p>K10: Löhne in den Sozial- und Erziehungsdiensten müssen steigen! Dafür muss die Refinanzierung der Tarifverträge insbesondere für den kommunalen wie den freigemeinnützigen Bereich gesichert werden.</p> <p>K10: Geschlechterspezifische Ungleichgewichte auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sollen u.a. durch geschlechtersensible Bildung und die Aufwertung schlecht bezahlter Berufe mit hohem Frauenanteil überwunden werden.</p>	<p>21: Wir wollen gesetzliche Grundlagen schaffen, um Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu überführen. [...] Diese Maßnahmen sollen auch dazu beitragen, die Einkommenslücke zwischen Männern und Frauen zu schließen.</p>

Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 31.01.2025)

							
	<p>41: Frauen sollen besser vor Altersarmut geschützt werden. Wir stärken die Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rente und schaffen eine faire Absicherung für alle Lebensphasen. Kostengünstige und transparente Altersvorsorgemodelle bewirken, dass Frauen im Alter gut versorgt sind.</p>	<p>43: Wir schaffen in der gesetzlichen Rentenversicherung den Einstieg in eine notwendige ergänzende Kapitaldeckung – und zwar mittels Darlehen aus dem Bundeshaushalt und der Übertragung von Eigenmitteln vom Bund. Hierfür führen wir einen öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ein [...]. Mit den daraus resultierenden Erträgen werden wir geringe und mittlere Renten stärken, was insbesondere Frauen und Menschen in Ostdeutschland unterstützt.</p>	<p>29: Zur Bekämpfung von Altersarmut bei Frauen möchten wir, dass Paare bei Erwerbsunterbrechungen aufgrund von Carearbeit standardisiert die Möglichkeit des Rentenpunkte-Splittings wahrnehmen.</p>			<p>K4: Eine sichere und auskömmliche Rente ist auf [...] eine hohe Frauerwerbsquote [...] angewiesen [...].</p> <p>K4: Die niedrigen Rentenansprüche von Niedrig- und Geringverdienenden, [...] Erziehenden und Pflegenden wollen wir aufwerten.</p> <p>K4: Gegen Altersarmut hilft unsere „solidarische Mindestrente“: für diejenigen, die wegen schlechter Jobs, erzwungener Teilzeit [...] keine auskömmliche Rente bekommen.</p>	<p>33: Der sogenannte Gender Pay Gap findet seine Fortsetzung in einer vergleichsweise niedrigen Altersrente. Dass die Renten von Frauen so niedrig ausfallen, ist u. a. der Tatsache geschuldet, dass sie die Sorgearbeit überwiegend allein leisten.</p> <p>22: Wir fordern eine Mindestrente von 1500 Euro nach 40 Versicherungsjahren.</p>
Gewalthilfe und Gewaltschutz	<p>38: Wir setzen uns für eine vollständige Umsetzung der Istanbul-Konvention ein.</p> <p>38: Wir wollen einen Anspruch auf Schutz und Beratung: Mit einem bundesweiten Rechtsanspruch stellen wir sicher, dass Betroffene jederzeit Zugang zu Schutzunterkünften wie Frauenhäusern und Beratungsstellen erhalten.</p> <p>39: Wir wollen mehr Vorbeugung gegen geschlechtsspezifische und häusliche Gewalt. Mit dem Gewalthilfegesetz wollen wir diese Strukturen weiter ausbauen und nachhaltig absichern.</p>	<p>51: Um Betroffene bei Partnerschaftsgewalt, häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt besser zu schützen, sollen alle Betroffenen und ihre Kinder einen Rechtsanspruch auf Schutz und Beratung erhalten. Durch eine Bundesbeteiligung stellen wir gemeinsam mit den Ländern kostenfreie Hilfen wie Frauenhäuser, Beratungsstellen und Schutzwohnungen flächendeckend sicher.</p> <p>51: Um Annäherungsverbote in Fällen von häuslicher Gewalt besser zu kontrollieren, kann der</p>	<p>28: Zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt gegen Frauen möchten wir, dass Länder und Kommunen Frauenhausplätze bedarfsgerecht ausfinanzieren und dass durch eine bundesweite Online-Plattform verfügbare Frauenhausplätze in Echtzeit angezeigt werden.</p>	<p>37: Wir lassen die Opfer häuslicher Gewalt, gerade Frauen und Kinder, nicht allein. Ihr Schutz hat für uns Priorität. Wir entwickeln deshalb ein Sicherheitskonzept und stärken die Frauenhäuser.</p> <p>37: Die elektronische Fußfessel setzen wir verstärkt ein, damit Gewalttäter gegen Frauen Abstand zu ihren ehemaligen Partnerinnen halten.</p> <p>37: Wir verschärfen das Strafrecht, um vor allem Frauen, ältere Menschen, Kinder, Menschen mit Behinderun-</p>		<p>K14: Die Istanbul-Konvention muss endlich vollständig umgesetzt werden. Dafür muss die Koordinierungsstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention ihre Arbeit aufnehmen.</p> <p>K14: Frauenhäuser müssen bedarfsgerecht, einzelfallunabhängig und verlässlich finanziert werden. Schutz und Beratung müssen für alle Frauen und ihre Kinder überall in Deutschland kostenfrei, anonym, pauschal und barrierefrei zur Verfügung stehen.</p> <p>K14: Das Gewaltschutzgesetz und die Regelungen zum Umgangs- und</p>	<p>33: Wir setzen uns das Ziel, die Gewaltschutz- und Hilfesysteme auszubauen und die Zahl an Schutzwohnungen und Frauenhausplätzen signifikant zu erhöhen. Die Finanzierung der Frauenhäuser muss durch den Bund langfristig gesichert sein.</p> <p>33/34: Neben der Unterstützung und Beratung von gewaltbetroffenen Frauen sind Maßnahmen der Gewaltprävention ein weiteres wichtiges Handlungsfeld. [...] Entsprechend müssen die Information über und die Sensibilisierung</p>

Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 31.01.2025)

							
	<p>38: Mit einer Verschärfung des Gewaltschutzgesetzes wollen wir Betroffenen häuslicher Gewalt und anderer Nachstellungen besser schützen: Maßnahmen wie elektronische Fußfesseln, verpflichtende Anti-Gewalt-Trainings für Täter und Aufenthaltsverbote [...]. Hierfür passen wir die einschlägigen Rechtsgrundlagen an.</p> <p>38: Wir wollen die strafrechtliche Position von Opfern von sexualisierter Gewalt weiter stärken. Jede ohne eindeutiges Einverständnis vorgenommene sexuelle Handlung muss unter Strafe gestellt werden. Wir verbessern die Strafverfolgung und unterstützen die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften durch die Länder.</p> <p>38: Wir stellen erhebliche sexuelle Belästigungen unter Strafe: Unerwünschte, erniedrigende Handlungen wie „Catcalling“ sollen künftig strafrechtlich verfolgt werden können.</p>	<p>Einsatz der elektronischen Fußfessel ein sinnvolles Instrument sein.</p> <p>51: Opfer von Vergewaltigungen brauchen flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive anonymer Spurensicherung und der „Pille danach“.</p>		<p>gen und andere besonders gefährdete Gruppen besser zu schützen.</p> <p>37: Wir erhöhen die Höchststrafe für Stalking. Körperverletzungen, insbesondere wenn sie mit einem Messer begangen werden, und Gruppenvergewaltigungen werden wir deutlich härter bestrafen.</p>		<p>Sorgerecht widersprechen sich teilweise. Hier muss eine Klarstellung erfolgen, dass der Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Kinder Vorrang hat vor der Regelung des Umgangs.</p> <p>K14: Wir fordern, dass das Prinzip „Nur Ja heißt Ja“ gesellschaftlich und gesetzlich verankert wird und dass gezielt gegen Netzwerke sexualisierter Gewalt vorgegangen wird. Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt muss als Querschnittsaufgabe verstanden werden [...] in allen politischen Gestaltungsbereichen.</p> <p>K15: Für öffentliche und private Großveranstaltungen fordern wir, dass als Bestandteil von Sicherheitskonzepten auch Awareness-Konzepte zum Schutz vor sexualisierter Gewalt zum Einsatz kommen müssen.</p>	<p>zum Gewaltschutz fester Bestandteil im Bildungscurriculum sein – in Schulen und Hochschulen.</p>

Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 31.01.2025)

							
					<p>59: Ausländerkriminalität: Der weitere Anstieg des Anteils von Ausländern an Gewalt-, Sexual- und Drogendelikten wird immer deutlicher erkennbar. Zur wirksamen Bekämpfung sind über Maßnahmen der Strafverfolgung hinaus sämtliche ausländerrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und zu erweitern.</p> <p>63: Der Unterdrückung muslimischer Frauen stellt sich die AfD entgegen und fordert in allen Bereichen die Gleichberechtigung von Mann und Frau.</p>	<p>K14: Das Gesetz über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt muss auch in der betrieblichen Praxis ankommen. Wir wollen deshalb u.a. das Arbeitsschutzgesetz um die Aspekte „Gewalt“ und „sexuelle Belästigung“ ergänzen.</p>	<p>34: Nach dem neuen Selbstbestimmungsgesetz [...] Männer [...] erhalten damit potenziell Zugang zu Bereichen wie Frauensport, Frauenumkleiden und.... anderen frauenspezifischen (Schutz-) Räumen. Das stellt eine Gefährdung und Beeinträchtigung für Frauen und Mädchen dar.</p>

Bundestagswahl am 23.02.2025

Vergleich der Wahlprogramme bzw. der Entwürfe der Wahlprogramme von SPD, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, FDP, CDU/CSU, AfD, DIE LINKE, BSW* hinsichtlich ausgewählter gleichstellungspolitischer Handlungsfelder (Stand: 31.01.2025)

							
<p>Übergreifende Gleichstellungsstrategien (inkl. Gender Budgeting)</p>	<p>41: Gleichstellung werden wir auch künftig – im Sinne des Gender Mainstreaming – zu einem Leitprinzip aller Ressorts der Regierung machen. [...] Mit einer Folgenabschätzung aller Maßnahmen, Gesetze und des Bundeshaushalts erreichen wir mehr Gleichstellung. Die ressortübergreifende Gleichstellungsstrategie des Bundes soll weiterentwickelt und auf eine gesetzliche Grundlage gestellt werden.</p> <p>42: Wir wollen den Schutz vor Diskriminierung im GG explizit auf sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität erweitern. Art. 3 Abs. 3 GG werden wir daher [...] erweitern.</p>	<p>52: Wir wollen den Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität in Artikel 3 des Grundgesetzes verankern [...].</p> <p>51: Gerade weil rückwärtsgewandte Kräfte stärker werden, müssen wir das Erreichte sichern und weiter voranschreiten. Unsere Priorität ist, das Leben für Frauen gerechter und besser zu machen.</p>	<p>24: Artikel 3 GG wollen wir um die sexuelle Identität ergänzen.</p> <p>24: Für uns Freie Demokraten ist die Gleichbehandlung aller Bürgerinnen und Bürger fester Bestandteil einer Demokratie. Dabei stellen wir uns gegen jede Form von Diskriminierung.</p>	<p>56: Wir stehen zur geschlechtergerechten Sprache. Den Gender-Zwang aus ideologischen Gründen aber lehnen wir ab, weil er Barrieren errichtet, Menschen ausgrenzt und bevorzugen will. Wir setzen uns dafür ein, dass im öffentlichen Raum – an Schulen und Universitäten, im Rundfunk und der Verwaltung – auf die Gendersprache verzichtet wird.</p>	<p>84: Ideologische Verrenkungen wie die angeblich gendergerechte Sprache haben dagegen in Deutschland nichts verloren; ihr Gebrauch soll in öffentlichen Einrichtungen und staatlichen Stellen zur Wahrung einer ideologiefreien Verständigung untersagt werden.</p> <p>71: Durch eine aktivierende Familienpolitik strebt die AfD eine Geburtensteigerung [...] in Deutschland an, die [...] unsere Kulturweitergabe sicherstellt [...].</p> <p>74: Die zwei Geschlechter sind eine biologische Tatsache.</p> <p>75: Weiblichkeit und Männlichkeit [...] sind etwas Positives. Dadurch können sich Frauen und Männer hervorragend ergänzen.</p>	<p>K14: Die Bundesregierung muss eine ressortübergreifende und langfristig angelegte Gleichstellungsstrategie verabschieden.</p> <p>K14: Wir wollen alle neuen Gesetze auf ihre Auswirkung auf die Geschlechtergerechtigkeit hin untersuchen.</p> <p>K14: Artikel 3 des Grundgesetzes muss um den Schutz der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität erweitert werden.</p>	<p>33: Zentrales Anliegen des BSW ist es, von der gesetzlichen Gleichberechtigung zur wirklichen Gleichstellung zu gelangen.</p> <p>34: Frauenrechte dürfen nicht auf dem Altar der politischen Korrektheit geopfert werden. Das neue Selbstbestimmungsgesetz [...] höhlt die Schutzrechte für Frauen aus.</p>